Windkraft in Naturpark-und Landschaftsschutzgebieten soll möglich werden

27. Juni 2022

GEISELWIND/MÜNCHEN Um den Ausbau der Windkraft voranzutreiben, wird Bayern mehr Flächen ausweisen. Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger und Umweltminister Thorsten Glauber informierten sich am Sonntag in Geiselwind über Planungen der Gemeinde Geiselwind und der Stadt Iphofen sowie des Landkreises Kitzingen für neue Windenergieanlagen im Naturpark Steigerwald. Die Region, die teils in Unter-, Mittel- und Oberfranken liegt, ist heute noch Ausschlussgebiet für Windenergieanlagen.

Staatsminister Hubert Aiwanger: „Geiselwind war seiner Zeit immer schon voraus und wollte bereits 2011 Windräder errichten, ist dann aber an den Hürden der 10H-Regel, Naturpark und Landschaftsschutzgebiet gescheitert. Das Wirtschaftsministerium und das Umweltministerium werden jetzt gemeinsam auf die Bezirksregierungen und die sechs betroffenen Landkreise sowie die Kommunen zugehen. An einem Runden Tisch werden wir Pläne entwickeln, wie hier von Kommunen, die das wollen, Windräder gebaut werden können."

Die Pläne sollen übertragbar sein auf andere Regionen in Naturparks und Landschaftsschutzgebieten. „Wir brauchen Lösungen, die für alle passen, um die dringend benötigten Windräder zu bekommen", erklärte Aiwanger.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte: „Je mehr Energie vor Ort selbst erzeugt wird, desto weniger Rohstoffe müssen nach Deutschland importiert werden. Wir müssen den Ausbau aller erneuerbaren Energien mit ganzer Kraft voranbringen. Dazu wollen wir auch entsprechende Verfahren massiv beschleunigen."

Beim Artenschutz forderten die beiden Staatsminister vom Bund Nachbesserungen im Wind-an-Land-Gesetz. Die bisher vorgestellten Regelungen führen nicht, wie angekündigt, zu vereinfachten Verfahren bei der Genehmigung von Windrädern.

Die Kitzinger Landrätin Tamara Bischof fordert Rechtssicherheit für die Ausweisung von Windflächen in Landschaftsschutzgebieten. „Wir können nicht riskieren, neue Windkraftanlagen durch lange Gerichtsverfahren weiter zu verzögern.“

Ansprechpartnerin:

Katrin Nikolaus, stv. Pressesprecherin

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers